Author's version of:
Kohnert, Dirk (1995): Harte Zeiten für Afrikas Flüchtlinge. *Nord-Süd aktuell*, 1995.2:230 - 239

Dirk Kohnert

Harte Zeiten für Afrikas Flüchtlinge

1. Afrika leidet weltweit am stärksten unter dem Flüchtlingsproblem

Noch im 19. Jahrhundert zählte Europa selbst zu den wichtigsten Auswanderungsregionen der Welt - insgesamt gingen 29 Mio. Menschen von Europa nach Amerika; seit dem Ende der 1950er Jahre hat sich jedoch der Migrationstrend umgekehrt. Die Ausgangspunkte der Flüchtlingsströme haben sich von Europa in die Dritte Welt verlagert. Europäische Staaten wie Deutschland oder Frankreich sind zum Einwanderungsland geworden. Die generellen Gründe der Flucht- und Migrationsbewegungen sind über die Jahrhunderte jedoch weitgehend die gleichen geblieben: Flucht vor den untragbar erscheinenden politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Verhältnissen in der Heimat. In dem Maße, in dem sich die Verkehrs- und Infrastrukturnetze verbesserten und die Kosten und Schwierigkeiten verminderten, nahmen allerdings die Zahl der Flüchtlinge und damit auch die Probleme, die sie verursachen gewaltig zu. Seit dem Zusammenbruch diktatorischer politischer Systeme im ehemaligen Ostblock und in Afrika ist das Flüchtlingsproblem zu einem der zentralen Probleme der Menschheit geworden, dem sich auch Europa nicht entziehen kann. Heute haben weltweit Flüchtlingsbewegungen ein in der Menschheitsgeschichte nie geahntes Ausmaß angenommen.

Es kommt nicht von ungefähr, daß **Afrika** ([1]) **weltweit am stärksten von den Flucht- und Wanderungsbewegungen betroffen** ist. Bevölkerungswanderungen und Wanderarbeit haben in der Geschichte Afrikas eine lange Tradition. Allerdings haben sich die afrikaspezifischen Ursachen und Formen der Migration seit den 1970er Jahren grundlegend gewandelt. Afrika steckt seit über einem Jahrzehnt in einer tiefgreifenden strukturellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise. 1969, zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Flüchtlingskonvention der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) gab es in Afrika etwa 700.000 Flüchtlinge; heute ist deren Zahl auf etwa ein Drittel (über 7 Mio.) der weltweit 20 Mio. Flüchtlinge angewachsen; zusätzlich leben in den Länder Afrikas - wo die meisten der ärmsten Länder dieser Welt zu finden sind - 15 Mio. der insgesamt weltweit auf 25 Mio. geschätzten "Binnenflüchtlinge", d.h. der innerhalb ihres Landes Vertriebenen und Entwurzelten, ganz zu schweigen von den ungezählten Millionen Afrikanern, die durch Kriege oder auf der Flucht ihr Leben verloren; allein von den ca. 1 Mio. Somali, die ab 1991 in die benachbarten Staaten flohen sind bis heute 300.000 gestorben; in Burundi forderten die ethnisch-politischen Konflikte 1993 einen Blutzoll von mindestens 50.000 Zivilisten; in Ruanda wurden kurz darauf wahrscheinlich Hunderttausende getötet (Del Mundo 1994:4-5).

Heute sind äußere Zwänge, wie Armut und Hunger, ökologische Katastrophen, Krieg und politische Verfolgung sowie politisch instrumentalisierte ethnische Konflikte die wesentlichen Determinanten der Migration. Die Zahl der Flüchtlinge (gemäß UNHCR-Definition ([2])) wuchs in Afrika in den 1980er Jahren um

[1]) Mit "Afrika" bezeichne ich hier und im folgenden nur das Afrika südlich der Sahara, auch "Schwarzafrika" genannt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vermerkt wird. Zu Flüchtlingsbewegungen zwischen den Staaten Nord-Afrikas und Europa s. H. Körner (1992).

[2]) Gemäß der eher restriktiven UNHCR- Definition gilt derjenige als Flüchtling, der "owing to a well-founded fear of being persecuted for reasons of race, religion, nationality (..etc), is outside the country of his nationality, and is unable or ... unwilling to avail himself of the protection of that country ...". - Die OAU-Flüchtlingskonvention von 1969 geht noch darüber hinaus: "The term 'refugee' shall also apply to every person who, owing to external agression, occupation, foreign domination or events seriously disturbing the public order ... is compelled to leave ... to seek refuge in another place." (s. Russell et al 1990:117-118)

das Vierfache an. Mit jedem neu aufbrechenden Krisenherd verlagert sich der Wanderungsdruck auf weitere afrikanische Subregionen. Die größten Aufnahmeländer für Flüchtlinge sind jedoch nicht etwa die Industrie- sondern die Entwicklungsländer.

Tabelle 1: Verteilung der Flüchtlinge im Subsaharischen Afrika

Angola	10.900
Äthiopien	336.300
Benin	150.300
Botswana	500
Burkina Faso	6.100
Burundi	271.900
Côte d'Ivoire	223.900
Djibouti	32.000
Gabun	400
Gambia	2.000
Ghana	45.100
Guinea	539.500
Guinea-Bissau	16.800
Kamerun	43.800
Kenia	352.800
Kongo	9.700
Lesotho	100
Liberia	150.000
Malawi	650.000
Mali	13.100
Mosambik	300
Namibia	600
Niger	6.200
Nigeria	4.500
Ruanda	298.000
Sambia	143.000
Senegal	74.000
Sierra Leone	6.300
Somalia	300
Sudan	722.100
Swasiland	57.100
Tanzania	592.000
Togo	3.300
Uganda	293.400
Zaire	1.476.000
Zentralafrika	41.500
Zimbabwe	241.200
sonstige	407.400
Summe	**7.323.000**

Quelle: UNHCR, November 1994
aus: Walker 1995:68.

Die afrikanischen Aufnahmeländer haben angesichts ihres Entwicklungsstandes und der Wirtschaftskrise ungleich schwerer an diesem Flüchtlingsstrom zu tragen als die relativ prosperierenden westeuropäischen Staaten. Gemessen an den gesamten Migrationsströmen innerhalb Schwarzafrikas, die mit ca. 35 Mio. beinahe die Hälfte der weltweiten Wanderungsbewegungen (80 Mio.) ausmachen, die aber trotz allem immer noch Aufnahme in Afrika finden, erscheinen europäische Ängste vor einem überbordenen Zustrom von Afrikanern eher als kleinlich und egoistisch.

Afrikaner flüchten vor Krieg und drohendem Verhungern, auf Grund politischer Verfolgung oder auch "nur", um ihre Verdienst- und Lebenschancen zu verbessern. Oft bestimmt mehr als ein Grund die Entscheidung der Menschen ihre Heimat zu verlassen. Die Grenzen zwischen Flucht oder Auswanderung sind fließend. Dementsprechend gibt es eine Vielzahl von **Definitionen** und Typologien, die versuchen, dieses Phänomen jeweils aus ihrer Sichtweise einzufangen: man unterscheidet zwischen Elends- und Armutsflüchtlingen, Asylsuchenden, Arbeitsmigranten oder "Wirtschaftsflüchtlingen". Auf die Kontroverse um die "richtige" Begriffsdefinition soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden. Eine pauschale Diffamierung der Asylbewerber als "Wirtschaftsflüchtlinge" wird den realen Ursachen und Problemen der gegenwärtigen Wanderungsbewegungen jedenfalls nicht gerecht und ist auch aus ethischen Gründen fragwürdig. Daher wird im folgenden nicht nur auf die Situation der Flüchtlinge im engeren Sinne der UNHCR-Definition eingegangen, sondern auch auf die Lage afrikanischer Migranten in Europa generell.

Ziel dieses Beitrages ist daher die Beantwortung der folgenden **Schlüsselfragen**:

(1) In welcher Relation stehen die Migrantenströme aus Afrika zu denen aus der übrigen Welt?
(2) Wo liegen die Ursachen der Migration in und aus Afrika ?
(3) Welche Bedeutung haben afrikanische Auswandererbewegungen nach Europa im Verhältnis zu den Flüchtlingsströmen innerhalb Afrikas ?

(4) Welches sind die Schwerpunkte und Hauptwege der afrikanischen Wanderungsbewegung nach Europa ?
(5) Wieviele Afrikaner sind bisher nach Europa gekommen und wie verteilen sie sich auf die einzelnen Länder ?
(6) In welchem Verhältnis stehen Kosten und Nutzen der afrikanischen Wanderungsbewegungen nach Europa aus sozio-ökonomischer und humanitärer Sicht ?

Am Schluß steht der Versuch, Antworten auf die entscheidende Frage zu finden, was können wir tun, um den Problemen der Flüchtlinge und Migranten gerecht zu werden ?

2. Ursachen und Auswirkungen der afrikanischen Flüchtlingskrise sind gruppen- und schichtspezifisch

Die **Ursachen** der afrikanischen Flüchtlingskrise sind bekannt und bereits vielfach detailliert analysiert worden ([3]). Daher sollen sie hier nur stichwortartig in Erinnerung gerufen werden: Bürgerkriege und Verfolgungen bis hin zum Völkermord, politische Repression durch Unrechtsregime, Hunger und Armut - verursacht durch soziale und ethnische Konflikte aber auch durch zunehmend fühlbare Auswirkungen rücksichtsloser Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne, etc. Die Wurzeln dieser Krise reichen bis in die koloniale Vergangenheit; die Ursachen sind sowohl externer Natur (z.B. koloniale Ausbeutung und ungerechtes Weltwirtschaftssystem) als auch hausgemacht (z.B. autokratische Regime, Korruption und Mismanagement auf allen Ebenen staatlicher Administration).

Sowohl die **Gründe** als auch die **Auswirkungen** der Migration sind **schichtspezifisch**, d.h. sie sind abhängig von der Gruppen-oder Schichtzugehörigkeit. Der in Europa bekannteste und umstrittenste Unterschied in den **Auswanderungsmotiven** spiegelt sich in der Unterscheidung zwischen "politisch Verfolgten" und "Wirtschaftsflüchtlingen" wider. Wollte man die Anerkennungsrate afrikanischer Asylbewerber (s. Tab. 2) als Maßstab nehmen, so handelte es sich bei der überwältigenden Mehrheit der afrikanischen Flüchtlinge in Europa um "Wirtschaftsflüchtlinge". Es ist aber offensichtlich, daß die Anerkennungsrate afrikanischer Flüchtlinge, die in den beiden letzten Jahrzehnten im Schnitt beträchtlich gesunken ist, nicht zuletzt von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Opportunitätsgesichtspunkten bestimmt wird und daher kein objektiver Maßstab der Beweggründe der Migration sein kann. Sicherlich ist nicht zu leugnen, daß materielle Faktoren, wie das Wohlstandsgefälle, bessere Ausbildungschancen, etc. viele Afrikaner zur Wanderung nach Europa bewegen. Sicherlich handelt es sich bei einem großen Teil der Afrikaner aus der Mittel- und Oberschicht in Europa eher um Arbeitsmigration denn um Flucht vor politischer Verfolgung. Afrika ist von dem Verlust qualifizierter Arbeitskräfte, die in die Industrieländer abwandern, innerhalb der Dritten Welt besonders hart getroffen: von 1960 bis 1987 wanderte nahezu ein Drittel der qualifizierten Arbeitskräfte aus Afrika (Ärzte, Lehrer und andere Akademiker, Ingenieure, etc.) nach Europa ab (Human Development Report, 1992:57). Daneben gibt es eine noch weitaus größere Zahl ungelernter afrikanischer Arbeitskräfte in Europa, die zum großen Teil in der Illegalität leben und die am schlechtesten bezahlten und unbeliebtesten Arbeiten erledigen, falls sie überhaupt Arbeit finden und nicht noch das Heer der industriellen "Reservearmee" verstärken. Andererseits sind aber gerade die Intellektuellen die Wortführer politischer Opposition - in Afrika ebenso wie bei uns -, und daher ist der Anteil politisch Verfolgter in dieser Schicht besonders hoch.

Auch die **Auswirkungen** der Flüchtlingskrise sind **schicht- und gruppenspezifisch**. Alte Menschen, Frauen und Kinder haben am meisten unter den Ursachen und Folgen der Flüchtlingskrise zu leiden. Auf Grund ihrer körperlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Schwäche ist für sie in der Regel der Weg nach Europa verbaut. Diesen Weg

[3]) s. Richter, 1992; OECD 1992; SEF 1991; Russell et al 1990

treten nicht die Schwächsten der Gesellschaft an, sondern die Jungen und Agilen. Von ihnen kann auch ihre Familie, ihr Dorf am ehesten Geldüberweisungen und andere materielle Zuwendungen aus der Ferne erwarten; die Migranten werden daher nicht selten dementsprechend bei der Auswanderung unterstützt. Andererseits ist es gerade diese soziale - von den Jungen oft als ungerecht empfundene - Verpflichtung dörflicher Solidarsysteme in Afrika zum Teilen, und die Angst vor entsprechend harschen Sanktionen bei individueller Akkumulation, die so manchen Afrikaner bewegt, sein Heil in der Ferne zu suchen, bzw. die ihn davon abhält, wieder in die Heimat zurückzukehren.

3. Afrikaner suchen immer neue Fluchtwege nach Westeuropa

Über die Hauptwege afrikanischer Einwanderer nach Europa ist wenig bekannt, nicht zuletzt deswegen, weil viele Asylsuchende und Migranten illegal einwandern. Auch hier sind **schichtspezifische Unterschiede** zu vermuten. Die besser Gestellten reisten bisher mit dem Flugzeug oder Schiff nach Europa, ein Weg, den die betroffenen europäischen Staaten zunehmend erschweren. So führte Frankreich im Juli 1991 eine Visumspflicht für Transitreisende u.a. für Angola, Äthiopien, Ghana, Somalia und Zaire ein, weil aus diesen Ländern typischerweise Transitreisende mit anderen Zielländern einreisten, um dann in Frankreich Asyl zu beantragen. Großbritannien führte im März 1991 Visumzwang für Uganda ein; die Hälfte der hier im Jahre 1990 ausgewiesenen 2.150 illegalen Einwanderern waren Afrikaner. Auch der deutsche Bundesinnenminister Kanther führte auf Empfehlung des Auswärtigen Amtes am 5. Dez. 1994 Visumszwang für Togo und die benachbarten Staaten Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire und Niger ein mit der Begründung, daß es sich bei dem 1994 um das Zehnfache angewachsenen Zustrom togoischer Asylbewerber überwiegend um durch "Schlepperbanden" eingeschleuste "Wirtschaftsflüchtlinge" handele.

Die Masse der Armen wandert nach wie vor illegal ein: sei es über die "***Straße der Schwarzen***" (die **Meerenge von Gibraltar**) oder den "***islamischen Bogen***", d.h. über die islamischen Länder Nordafrikas, des Vorderen Orient und Vorder-Asiens sowie die anschließenden osteuropäischen Staaten, insbesondere Bulgarien und Rumänien, neuerdings auch über Albanien und die Adria nach Italien (s. Inciyan 1995). Für eine Gruppe im Planungsstab des deutschen Auswärtigen Amtes, die sich unlängst mit den zukünftigen Dimensionen der Einwanderung befaßte, kann dieses Einfallstor zu dem werden, was Mexiko bereits für die USA ist: ein Flüchtlingsweg, der auch durch noch so scharfe Grenzüberwachung nicht zu kontrollieren ist (s. Spiegel N° 51/1992). Die "Völkerwanderung der Entrechteten" über die Straße von Gibraltar - seit einigen Jahren fest in der Hand von skrupellosen Schlepperbanden - ist bereits für viele zum Grab geworden. Seit dem ersten vom Roten Kreuz offiziell registrierten Schiffsuntergang mit afrikanischen Flüchtlingen am 2.11.1988 hat sich die Situation durch die Einführung des Visumzwanges in Spanien ab Mai 1991 (im Rahmen des Schengener-Protokolls) und die strengeren Grenzkontrollen der "*boat people*" in Marokko ab Oktober 1992 weiter verschärft ([4]).

4. Afrikaner gelten als die *Parias* unter den Flüchtlingen in der Europäischen Union

Seit dem Zusammenbruch diktatorischer Systeme im ehemaligen Ostblock und in Afrika hat auch der Ansturm von Flüchtlingen und Migranten auf die Wohlstandsfestung Europa beträchtlich zugenommen. Allein die Anzahl der Asylbewerber hat sich zwischen 1990 und

---

[4]) s. Maurice Lemoine: "Les naufragés de la migration vers le Nord", Le Monde Diplomatique, Dec. 1992, S. 22-23; Antje Bauer. "Marokko schützt Europas Südküste", die tageszeitung (taz) 21.11.92; Michel Bole-Richard. "Gibraltar, détroit de la mort", Le Monde 24.10.92; Bertrand le Gendre: "Les éxilés du Fleuve: Wolofs, Toucouleurs ou Sonikés, ces émigrants africains partis 'faire la France' vivent un retour difficile", Le Monde, 26.04.92; Dominic Johnson." Afrikaner etappenweise nach Europa. Die Maghreb-Staaten fungieren als Transitländer für Migranten aus Schwarzfafrika", taz, 17.02.92;

1993 in den Ländern der EG auf 557.000 nahezu verdoppelt. Die unmittelbare Reaktion weiter Bevölkerungskreise auf diesen Zustrom von Asylbewerbern ist Ablehnung und Angst vor Besitzstandsverlust. Besonders die von sozialem Abstieg bedrohten Schichten des Kleinbürgertums, aber auch Konservative aus allen Gesellschaftsklassen sind für die Aufnahme von Flüchtlingen nur dann, wenn es sie nichts kostet und wenn sie nicht in ihrer Nachbarschaft wohnen. Argumente wie "das Boot ist voll", "Scheinasylanten", die nur auf "unsere Kosten leben wollen", oder Forderungen, wie die des französischen Innenministers Charles Pasqua nach "*zéro immigré* (Null Einwanderer) machen die Runde. Das ist Wasser auf die Mühlen der reaktionären Kräfte in allen Teilen Europas, besonders aber in Deutschland und Frankreich, die offenen Haß gegen Ausländer schüren. Unter den Anfeindungen haben Afrikaner, allein schon weil sie durch ihre Hautfarbe am leichtesten zu identifizieren sind, besonders zu leiden.
Ist das europäische Boot wirklich voll ? - Das Problem ist keineswegs, wie diese Frage suggeriert, allein ein quantitatives. Die Beantwortung der Frage hängt weitgehend von Werthaltungen ab, z.B. von der Bereitschaft, uns auf "Fremde" einzulassen, mit ihnen zusammen zu leben und zu arbeiten, und schließlich auch von der Bereitschaft, Menschen in Not, die zu uns flüchten, zu helfen. In dieser Beziehung ist es ganz lehrreich, sich einmal vor Augen zu führen, daß Afrika weltweit am meisten von den Problemen der Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen betroffen ist, und zwar nicht nur als Herkunfts- sondern auch als Aufnahmeregion.

Angesichts des Ausmaßes der neuen Völkerwanderung gewinnt das Elend der Flüchtlinge auch eine zentrale politische Dimension. Flüchtlinge und Migranten werden zum **Spielball der Politiker**, zu Bauern im Schachspiel strategischer Gruppen (bei uns und in Übersee) um Einfluß, Macht und Geld. Selbst angesehene afrikanische Staatsmänner, wie der senegalesische Staatspräsident Diouf, warnen die wohlhabenden Länder des Nordens, insbesondere die Europäer, vor einer einsetzenden Flut afrikanischer Migranten, die durch keine gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen aufzuhalten sei und geradezu apokalyptische Ausmaße annehmen könne, analog dem Einfall mongolischer "Horden" in Westeuropa im Mittelalter ([5]). Sicherlich haben die Regierenden auch ein Interesse an der Verbesserung der Lage der Bevölkerung in ihren Ländern; die Verbreitung solcher "Horror-Szenarien" dient aber nicht zuletzt auch politischen Motiven: Flüchtlinge werden zum **Faustpfand** der Staatsklasse in den Entwicklungsländern im Kampf um die Pfründe der Entwicklungshilfe. Ob Afrikaner wie Diouf politisch klug handeln, wenn sie afrikanische Flüchtlingsströme mit der in rechten Kreisen Europas geschürten Angst vor "dem schwarzen Mann" und der "gelben Gefahr" assoziieren, sei dahingestellt. Jedenfalls wird die Entwicklungshilfe auch in den Geberländern wie Deutschland zunehmend weniger vom Argument der Verteilungsgerechtigkeit oder dem weltweiten Einsatz für die Durchsetzung der Menschenrechte bestimmt, sondern vom Argument der "**Fluchtursachen-Vermeidung**". Die gegenwärtige **kurzsichtige Allianz von Innen- und Entwicklungspolitik** geht davon aus, daß mit jeder Mark, die wir hier für die "kostspieligen Asylanten" aufbringen müssen, in Afrika Dutzenden von Menschen direkt vor Ort geholfen werden könne. Wie der damalige Innenminister Schäuble und Entwicklungshilfeminister Spranger in den letzten Jahren mehrfach betonten, ist Entwicklungshilfe nicht zuletzt deswegen geboten, weil wir sonst bald die Konsequenzen zunehmenden Elends in der Dritten Welt innerhalb unserer eigenen Grenzen verspüren werden.

Bisher konnte diese simple Rechnung - Fluchtursachenbekämpfung vor Ort gleich sinkende Asylbewerberzahlen - durch keine empirisch fundierte Daten belegt werden. Überhaupt krankt die gegenwärtige Diskussion um afrikanische Flüchtlings- und Migrationsströme nach Europa an einem Mangel an konkreten Informationen und Daten.

---

[5]) Diouf, in *Le Figaro*, 03.06.91, zitiert in Bertrand le Gendre, "Les exilés du Fleuve", *Le Monde*, 26.04.92

4.1 Verteilung auf Einzelstaaten: Bestandsaufnahme und Trends

Die Wanderungsbewegungen von Afrikanern nach Europa folgten seit den 1980er Jahren dem weltweit zu beobachtenden Migrationstrend, der gekennzeichnet ist durch einen **beschleunigten Zuwachs** der Flüchtlingszahl, durch **Globalisierung**, d.h. immer mehr Länder der Welt (insbesondere in Afrika) sind von der Flüchtlingsbewegung betroffen, und durch **Regionalisierung**, d.h. die Migrationsströme konzentrieren sich jeweils geographisch auf bestimmte Herkunftsländer (z.B. Konfliktherde) und Empfängerländer (z.B. Deutschland).

Die genaue Erfassung der Wanderungsbewegungen nach Europa ist aus einer Vielzahl statistischer und administativer Gründe so gut wie unmöglich. Es können allenfalls wohlinformierte Schätzungen abgegeben werden (s. dazu ausführlicher Kohnert 1993). Insgesamt kamen Anfang der 1990er Jahre die meisten afrikanischen Asylbewerber (45 %) aus dem westafrikanischen Raum (s. Tab. 2). Bürgerkriege und ethnische Konflikte bewirkten, daß ab 1989 innerhalb von fünf Jahren allein die Zahl der Flüchtlinge aus Westafrika (Liberia, Sierra Leone, etc.) in andere Regionen um das 70fache von 20.000 auf 1,4 Mio. anstieg. In Bezug auf Westeuropa als Ganzes führten Anfang der 1990er Jahre - wie zu erwarten war - die zu der Zeit aktuellen Krisenregionen, wie Zaire oder Somalia, die Liste der Herkunftsländer an. Bemerkenswerterweise waren in Deutschland - dem weitaus größten europäischen Aufnahmeland afrikanischer Asylbewerber (40 %) - 1992 jedoch nicht die aktuellen Krisenherde Afrikas am stärksten vertreten, sondern Nigeria und Ghana. Es wäre jedoch voreilig, daraus den Schluß ziehen zu wollen, hier handele es sich überwiegend um "Wirtschafts-Flüchtlinge". Auch in diesen Herkunftsländern gibt es eine Vielzahl interner Gründe für politische Verfolgung, die angesichts der Größe dieser Länder schnell zu Buche schlagen. Gleichwohl spielt in diesen Fällen sicherlich eine Rolle, daß Ghanaer und Nigerianer in Deutschland auf das Solidarhilfe-Netz einer schon in früheren Jahren etablierten Gemeinschaft von Landsleuten bauen konnten.

Tabelle 2: Afrikanische Asylbewerber in Europa, 1991 (a)

… (n.a.)

Rund zwei Drittel aller erfaßten "legalen" Asylbewerber in den EG-Staaten kommen heute nach **Deutschland**. In Bezug auf die im Lande seßhaften anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber liegt Deutschland mit einem relativ niedrigen Verhältnis "Flüchtlinge zu Einwohnern" (1,2 °/oo) jedoch hinter Frankreich (3,5 °/oo) immer noch am unteren Ende der europäischen Skala, die von Schweden (14,1 °/oo)angeführt wird (s. Schaubild 1). Die Aufnahmebereitschaft aller europäischer Staaten wird aber durch die der afrikanischen Staaten weit in den Schatten gestellt (s. Schaubild 1).

Schaubild 1: Flüchtlinge in Westeuropa und Afrika im Vergleich

… (n.a.)

Die Aufnahme afrikanischer Flüchtlinge stellt sich aber nicht nur als moralisches Problem. Angesichts des Ausmaßes der neuen Völkerwanderung gewinnt das Elend der Flüchtlinge auch eine zentrale politische Dimension. Flüchtlinge und Migranten werden zum **Spielball der Politiker**, zu Bauern im Schachspiel strategischer Gruppen (bei uns und in Übersee) um Einfluß, Macht und Geld. Die Flüchtlinge haben unter diesem Pokerspiel der Politiker doppelt zu leiden. Es beginnt bereits in den afrikanischen Herkunftsländern, wo sich einander bekämpfende Fraktionen der politischen Elite oder Staatsklasse skrupellos der Bevölkerung als Manövriermasse oder als Schutzschild bedienen, wie in Angola, Ruanda, Mosambik oder Somalia. Aber auch bezüglich der Fluchtbewegungen über Afrikas Grenzen hinaus werden Flüchtlinge leicht zum "Bauernopfer".

4.2 Afrikanische Einwanderer in Europa im Verhältnis zu Einwanderern aus anderen Regionen

Der weitaus größte Teil der gegenwärtig über 20 Mio. Einwanderer in Westeuropa stammt aus anderen europäischen Ländern und nur 35 % aus der Dritten Welt. Dieser seit 1989 erheblich verstärkte **Trend zur europäischen Binnenwanderung** in Ost-West Richtung wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren weiter anhalten. Nur ein Bruchteil dieser Migranten sind jedoch Asylsuchende oder Flüchtlinge. Zwar nehmen afrikanische Flüchtlinge in absoluten Zahlen weiter zu, ihr Zustrom wird derzeit aber überlagert von Flüchtlingsströmen aus Süd- und Osteuropa.
Nicht alle westeuropäischen Staaten sind gleichermaßen von dieser innereuropäischen Flüchtlingswelle betroffen; neben Deutschland (s.u.) sind es hauptsächlich Österreich, Italien, Finnland und Schweden. In anderen europäischen Staaten wie Frankreich werden afrikanische Flüchtlinge eher zum Problem. Hier verdoppelte sich der Anteil der Afrikaner an der Gesamtzahl der Asylbewerber in einem Jahrzehnt von 20 % (1981) auf 40 % (1991). In Belgien (39 %) oder Großbritannien (61 %), liegt der Anteil der Flüchtlinge aus Afrika ebenfalls wesentlich über dem Durchschnitt (ECRE 1992:77). Von den insgesamt 430.815 Asylsuchenden in Westeuropa waren 1991 trotzdem nur etwa 76.000 (18 %) Afrikaner.
Durch die 1993 in den Mitgliedsstaaten der EU eingeführten restriktiven Asylbestimmungen und Einreisekontrollen im Rahmen des Schengener Abkommens ging auch die Zahl asylsuchender Afrikaner drastisch zurück: In Deutschland beispielsweise sank 1993 gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Asylbewerber aus Zaire um 65% (von 8.305 auf 2.896), aus Ghana um 72% (von 6.994 auf 1.973) und aus Nigeria um mehr als 80%. Dieser rückläufige Trend hielt auch 1994 an (Zaire: 3.488; Nigeria: 838; Ghana: unter 550; mit der Ausnahme von Togo: 3.488;).

5. Der Nutzen der Immigration überwiegt die Kosten

Die Diskussion um Kosten und Nutzen der Migration wird in der europäischen Bevölkerung und Politik einseitig beschränkt auf die Sichtweise der Kosten, die Asylbewerber dem Empfängerland verursachen. Bemühungen um eine vorurteilslose Behandlung dieser Frage werden dabei von interessierter Seite oft torpediert durch politische Meinungsmache mit verdeckten Nebenzielen, die sich an diffusen Ängsten der heimischen Bevölkerung um "Besitzstandsicherung" festmachen, etwa nach dem gängigen Slogan "das Boot ist voll". Dabei wird oft vergessen, daß die meisten Industrieländer mittel- und langfristig ein bestimmtes Kontingent an Einwanderern brauchen, um der Überalterung der Bevölkerung durch die Einwanderung junger und mobiler Arbeitskräfte zu begegnen und so ihren gewohnten Lebensstandard halten zu können (s. OECD 1992:15 - 29). Migranten sind daher in der Geschichte Deutschlands und Europas schon öfter, gerade wegen ihrer Mobilität und Innovationsfreudigkeit, besonders umworben gewesen (s. z.B. Preußens Werbung um die Hugenotten im 17 Jh. oder Deutschlands Werbung um italienische, türkische oder jugoslawische Gastarbeiter in den 60er Jahren). Wieviele Einwanderer ein Land braucht, und mit welchen Qualifikationen, ist freilich eine offene Frage. Immerhin faßt auch der neueste Weltentwicklungsbericht 1995 der Weltbank, der sich dem Thema der Arbeitsmigration widmet, seine Analysen mit dem Fazit zusammen, daß die Migration sowohl für die Migranten als auch für die Empfängerländer prinzipiell von Vorteil ist, wenn man einmal von den Risiken einer unbegrenzten Zuwanderung unqualifizierter Arbeitskräfte absieht (s. Weltbank 1995).

Die staatlichen und volkswirtschaftlichen Kosten der gegenwärtigen Flüchtlingswelle innerhalb Westeuropas sind allerdings ungleich verteilt. Deutschland, das 440.000 der insgesamt 670.000 Asylbewerber des Jahres 1992 in Westeuropa beherbergte, war davon besonders stark getroffen. Der Mangel an Solidarität zwischen den EG-Partnern und zwischen Deutschland und seinen osteuropäischen Nachbarn ist kurzsichtig, wegen der unabsehbaren politischen, ökonomischen und sozialen Folgen. Andererseits ziehen aber sowohl Empfänger- als auch Herkunftsländer aus der Migration durchaus auch kurzfristig Gewinn, z. B. durch Ausbeutung billiger mobiler Arbeitskraft, durch induzierte Güter- und Dienstleistungstransfers, durch Geldüberwei-

sungen, etc. ([6]). Schon jetzt leisten die Migranten z.B. in Deutschland einen beträchtlichen Beitrag zur Finanzierung des sozialen Netzes, der nach Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Insitututes für Wirtschaftsforschung allein bei den Zuwanderern zwischen 1988 und 1991 unter Abzug der Start- und Sozialhilfe, Überbrückungsleistungen etc. bei netto DM 41 Mrd liegt ([7]). Dem stehen allerdings die Kosten der Herkunftsländer durch den Verlust an "Human-Kapital" und die sozio-kulturellen und sozialen Kosten für die "entsendende" Familie oder Dorfgemeinschaft - und *last not least* für den Migranten selbst - gegenüber. Aus vielen Gründen sind daher Kosten und Nutzen der Migration kaum vollständig zu erfassen. Das gilt bereits für den wirtschaftlichen und sozialen Nutzen, aber erst recht für die menschlichen Kosten: wie hoch soll beispielsweise der Schutz von Folter bedrohter politisch Verfolgter in Deutschland in Mark und Pfennig bewertet werden ? Auf diese und andere Wert-Fragen kann keine noch so ausgefeilte *cost-benefit*-Analyse eine Antwort geben; hier sind politische und ethische Grundsatzentscheidungen gefordert. Trotzdem sollen im folgenden einige Zahlen genannt werden, die die Dimension des Problems verdeutlichen.

In Schwarzafrika übersteigt allein der Gegenwert der jährlichen Geldüberweisungen der Migranten in die Heimatländer in Höhe von geschätzten $ 65,5 Mrd (1989) die gesamte jährliche Entwicklungshilfe für diese Region (Russel/Teitelbaum 1992). Im Falle des Sudan wird geschätzt, daß allein die offiziellen Geldüberweisungen von Migranten in die Heimat den Gegenwert von 20 % der jährlichen Einfuhren des Landes decken (Human Development Report 1992:51). Auch die OECD hat 1986 am Beispiel der Migranten aus dem Tal des Senegalflusses im Länderdreieck Mali, Mauretanien, Senegal versucht, den Nutzen für die Herkunftsländer zu beziffern: demnach verdienen die Migranten dieses Wirtschaftsraumes pro Jahr mehr als das Zweifache des Staatshaushaltes Malis, das Fünffache des Staatshaushaltes Mauretaniens oder 61 % des senegalesischen Budgets (OECD 1986). Ein Großteil dieser Migranten sind in Europa beschäftigt, beispielsweise in Frankreich.

Ebenso wie sich die Ursachen und Auswirkungen der Migration je nach Gruppen- oder Schichtzugehörigkeit unterscheiden, so sind auch **Kosten und Nutzen der Auswanderung für die Migranten schichtspezifisch**. Vorschnelle Generalisierungen machen daher keinen Sinn. Nur unter diesem Vorbehalt läßt sich sagen, daß im allgemeinen Frauen, Ungelernte, Analphabeten, alle, die nicht die Landessprache (oder zumindest Englisch) sprechen - aber eben auch Afrikaner ("Schwarze") - in Europa zu den am meisten benachteiligten Einwanderergruppen gehören, und z.B. am ehesten arbeitslos sind. Andererseits ist offensichtlich, daß die nach Europa abgewanderte afrikanische Elite ein besseres Auskommen hat, als die Masse der armen Zuwanderer aus Afrika, die in der Illegalität untertaucht, und die wegen ihrer aus der Not geborenen überdurchschnittlichen Bereitschaft, Hungerlöhne und schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, besonders in der Landwirtschaft, Bauindustrie, Müllabfuhr oder Gastronomie Arbeit finden. Diese Gruppe stellt oft keinen Asylantrag mehr - entweder, weil er ohnehin aussichtslos ist, oder, weil der Asylantrag mit der Strafe eines mehrjährigen Arbeitsverbotes (in Deutschland 1991 aufgehoben) bedroht wird. Davon unbenommen werden viele Afrikaner sicherlich auch von den "Lichtern der Großstadt" und den relativ attraktiv erscheinenden Verdienstmöglichkeiten, besonders in den wohlhabenderen europäischen Staaten angezogen; am Rande der EG-Grenzen angekommen, bestimmen dann nicht zuletzt die erwarteten Einkommenschancen und vorhandene private oder berufsmäßige (meist illegale) Netzwerke der Arbeitsvermittlung (Schlepper) die Wahl des Aufnahmelandes.

[6]) s. dazu ausführlicher OECD 1992:34-48; Russell et al 1990:23-36; Weltbank 1995; s. auch Weltbank 1989: 44, 160 zum Nutzen innerafrikanischer Migration)

[7]) Der Spiegel, 11/1993:59/60 "Ein einig Volk von Blutsbrüdern"

6. Gelenkte Integration ist besser als Abschieben: Lösungsansätze des europäischen Einwanderungsproblems

Die europäischen Länder sind unterschiedlich vom gegenwärtigen Wanderungsdruck betroffen. Ein erster Anhaltspunkt dafür ist - neben den aktuellen Einwanderungszahlen - der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung. Letzterer liegt in der Schweiz (16,3 %), Belgien (9,1 %) oder Deutschland (8,2 %) relativ hoch, in Italien (1,4 %), Großbritannien (3,3 %), Holland (3,4 %) oder Frankreich (6,3 %) dagegen niedriger (Garson 1992:19). Hierbei ist aber die unterschiedliche Einbürgerungspolitik der europäischen Staaten zu berücksichtigen, die sich sowohl in der unterschiedlichen Einstellung der Bevölkerung als auch in der rechts- und staatspolitischen Behandlung von Ausländern widerspiegelt: Frankreich, Großbritannien, Italien oder Spanien waren bisher eher bereit, Ausländer einzugliedern und einzubürgern als Deutschland. Dafür sind neben den bereits erwähnten unterschiedlichen Grundlagen der Staatsbürgerschaft (völkische Blutsbande vs. auf Geburtsort gründende politische Gemeinschaft) wohl auch die jahrzehntelangen Erfahrungen der ehemaligen Kolonialmächte mit den Einwanderern aus ihren Kolonien verantwortlich. Die Assimilationspolitik Frankreichs, die geradezu zu einem Schmelztiegel der Völker führte, galt in dieser Beziehung bei Vielen als Modell. Der Rechtsruck in der französischen Regierung seit den Wahlen im März 1993 wird aber auch hier den Aufbau effektiver Barrieren durch restriktivere Einbürgerungs- und Einwanderungsgesetze bewirken. Auch Spanien und Portugal versuchen gegenwärtig, die schon seit längerem im Lande lebenden legal eingewanderten Afrikaner aus den ehemaligen Kolonien zu "naturalisieren" und die übrigen abzuschieben. Das defensive Verhalten der von der Fluchtwelle erfaßten europäischen Staaten ruft zunehmend kurzfristiges, **unüberlegtes Reagieren** hervor: Verschärfung der Visabestimmungen, des Melderechtes oder der Arbeitserlaubnis, Sanktionen für Fluggesellschaften, Kasernierung in Auffang- und Abschiebelagern, etc.

Die bisherigen Versuche zur Harmonisierung der Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung sind - nicht zuletzt auf Grund des Kompetenzwirrwars - nicht weit gediehen. Ein erstes Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses waren die Dubliner Asylkonvention von 1990 sowie die Abkommen von Schengen und Maastricht. Das **Schengener Abkommen** enthält keine grundsätzlich qualitativ neuen Gesichtspunkte, sondern faßt lediglich die bestehende nationale Gesetzgebung auf dem jeweiligen geringsten gemeinsamen Nenner zusammen. Das Vertragswerk ist durch drei **Hauptpunkte** gekennzeichnet: **Abschottung, Überwachung und Abschiebung**. Dementsprechend stand das Kopenhagener Treffen der EG zur Harmonisierung der Einwanderungspolitik am 02.06.93 auch unter der Devise: Repression der illegalen Einwanderer und Zurückweisung der "offensichtlich unbegründeten" Asylgesuche. Um diese Abschottungspolitik effektiv zu gestalten, wurde innerhalb der Mitgliedsländer des Schengener-Abkommens ein effektiver Polizeiapparat zur Kontrolle der Asylbewerber und Einwanderer aufgebaut und die Einrichtung eines *cordon sanitair*e von sogenannten **verfolgungsfreien Drittstaaten** in die Flüchtlinge abgeschoben werden können verabschiedet. Das neue verschärfte deutsche Asylrecht hat dazu den Grundstein gelegt. Dabei ist die Befürchtung des UNHCR nicht von der Hand zu weisen, daß die betroffenen östlichen Nachbarstaaten unter Zugzwang geraten und somit ein **Domino-Effekt** droht. Frankreich und die südeuropäischen Staaten diskutieren bereits die Ausdehnung dieses *cordon sanitair*e auf die nordafrikanischen Mahgrebstaaten. Die auch vom Standpunkt der Rechtstaatlichkeit zweifelhafte Ideologie des Schengener Abkommens, die den Verfassungsgrundsatz auf indiviuelles Asylrecht untergräbt, breitet sich auch auf Staaten wie Polen, Rumänien oder Bulgarien aus, die - als "sichere Drittstaaten" - über ihr Land eingewanderte Flüchtlinge wieder zurücknehmen müssen und dabei wirtschaftlich, sozial und politisch völlig überfordert sind. Gleiches gilt für die "**Länderlisten**" sogenannter "**sicherer Herkunftsländer**", bei denen in Deutschland derzeit u.a Ghana und

Senegal (bis vor kurzem sogar noch Togo) im Gespräch sind. Die Schweiz und Belgien waren die ersten europäischen Staaten, die Anfang der 1990er Jahre angeblich sichere Herkunftsländer wie Angola, Bulgarien, Indien und Ungarn auflisteten. Diese Länderlisten stellen eine signifikante Einschränkung des im Grundgesetz verankerte Rechts zur Einzelfallprüfung eines Asylantrages dar, weil allein schon die Inflexibilität solcher Listen im Falle kurzfristiger politischer Veränderungen im Herkunftsland die Einzelfallprüfung praktisch *ad absurdum* führt.

Um nicht nur zu reagieren, sondern auch vorzubeugen, legte in Deutschland Bundesinnenminister Schäuble Ende September 1990 eine Konzeption vor, in der auch die Entwicklungshilfe als Mittel zur Verhinderung von Flüchtlingsströmen eingebunden ist. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gibt es unter dem Schlagwort "**Fluchtursachenbekämpfung vor Ort**" eine enge Zusammenarbeit in der Innen- und Entwicklungspolitik zur Abwehr der "Asylantenströme", die sich auch im 9. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vom Januar 1993 widerspiegelt. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Legitimierung der Entwicklungshilfe gegenüber den deutschen Wählern. Aber nicht nur die Deutschen geraten unter dem zunehmenden "Belagerungssyndrom" in breiten Bevölkerungskreisen zunehmend unter Zugzwang. Daher sprachen sich auch OECD-Experten auf einer Konferenz in Madrid Ende März 1993 für eine Verschärfung der Einwanderungskontrollen seitens der Industrieländer bei gleichzeitiger Erhöhung der Entwicklungshilfe aus, wohl wissend, daß Entwicklungserfolge der Länder der Dritten Welt bisher paradoxerweise eher zu vermehrter Abwanderung führten. Sicherlich steht die Entwickungshilfe angesichts periodisch wiederkehrender Meldungen über gescheiterte Entwicklungsprojekte und angesichts der gegenwärtigen Ängste der Bevölkerung um die Sicherung ihres Besitzstandes unter großem Legitimationsdruck. Ob allerdings die Abkehr von dem Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität mit den Armen und Entrechteten dieser Welt hin zur "Fluchtursachenvermeidung" solche Legitimation dauerhaft sichern kann, bleibt fraglich. Und zwar sowohl aus ethischen als auch aus politischen und technischen Gründen. Denn mit solcher opportunistischen Legitimationspolitik begibt man sich leicht in eine "Legitimationsfalle" wenn sich abzeichnet, daß die erhofften Wirkungen der Entwicklungshilfe nicht eintreten. Im übrigen ist das Instrument "Entwicklungshilfe" schon rein technisch gesehen das falsche Mittel, um die Flucht der Afrikaner (oder anderer Flüchtlinge und Migranten) aufzuhalten. Nach dem Stand der internationalen Diskussion sind dämpfende Effekte der Entwicklungshilfe auf die Wanderungsbewegungen allenfalls langfristig - in zukünftigen Jahrzehnten oder gar Generationen - zu erwarten. Kurz- und mittelfristig spricht eher alles dafür, daß die Entwicklungszusammenarbeit gerade den entgegengesetzten Effekt hat: sie verstärkt die Abwanderung in die "Wohlstandsinseln" der Welt, indem sie die materiellen und kulturellen Hemmschwellen erniedrigt - zum Beispiel durch Verbesserung der Infrastruktur, der Kommunikations- und Ausbildungssysteme (s. Russel/Teitelbaum 1992).

Davon abgesehen hätte die Beseitigung der Ungerechtigkeiten der bestehenden Weltwirtschaftsordnung - für die Europa maßgeblich mitverantwortlich ist - wahrscheinlich weitaus positivere und umfangreichere Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung in der Dritten Welt als die Entwicklungshilfe. Gleiches gilt in Bezug auf die aktuelle Diskussion um eine Beteiligung Deutschlands und anderer europäischer Länder an **Friedensmissionen** in Afrika. Eine konsequente Anwendung der politischen und sozialen Konditionalität in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten seitens **aller** europäischer Länder sowie "Positivmaßnahmen" zur Förderung der Demokratisierung würden sich sicherlich nachhaltiger auf die Verbesserung der Lage der Bevölkerung in den jahrzehntelang von Europa (und anderen Staaten aus Ost und West) hofierten und aufgerüsteten autokratischen Regimen auswirken, als militärische Eingriffe zur Sicherung des Friedens oder von Nothilfeoperationen, deren Erfolg

bisher zweifelhaft ist, wie das Beispiel Somalias, Ruandas oder der parteilichen Intervention der ECOMOG in Liberia zeigt.

6. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Flucht und Migration aus den Ländern der Dritten Welt haben in den letzten Jahrzehnten ein vorher nie gekanntes Ausmaß angenommen und sie werden zukünftig voraussichtlich noch alles bisher Dagewesene übertreffen. Afrika ist von diesen Wanderungsbewegungen besonders stark betroffen. Obwohl Anfang der 1990er Jahre der Zustrom von Afrikanern auch nach Europa beträchtlich angewachsen ist, sind es doch afrikanische - nicht europäische - Staaten, die die Hauptlast dieser Flüchtlingsbewegungen zu tragen haben. Zudem wird gegenwärtig und in der absehbaren Zukunft der Ansturm der Afrikaner auf die "Festung Europa" aller Voraussicht nach durch die Wanderungsbewegungen aus den osteuropäischen und asiatischen Ländern in den Schatten gestellt.

Sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen der Flucht und Migration sind je nach Gruppen- und Schichtzugehörigkeit unterschiedlich. Die ohnehin schon Armen und Entrechteten, Alten, Frauen und Kinder haben unter sonst gleichen Umständen am meisten zu leiden. Ihre Kraft reicht aber nicht mehr zur Flucht nach Europa, das nur die relativ Starken noch erreichen. Afrikanische Flüchtlinge sind in Europa aus einer Vielzahl von Gründen gegenüber ihren Leidensgenossen aus anderen Regionen der Dritten Welt besonders benachteiligt.

In dem Maße wie Flucht und Migration soziale und wirtschaftliche Probleme bei uns und in Übersee verursachen, nimmt auch das Interesse der Politiker zu, diese Probleme zu instrumentalisieren und für eigene Zwecke auszunutzen. Die Taktik einiger afrikanischer Staatsmänner, den Wanderungsdruck afrikanischer Flüchtlinge und Migranten auf Europa als Faustpfand für die Einforderung von mehr Entwicklungshilfe zu nutzen, und die Allianz der deutschen Innen- und Entwicklungspolitik in Fragen der vorbeugenden "Fluchtursachen-Vermeidung" durch Entwicklungshilfe sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille; beide Argumente halten einer empirischen Überprüfung nicht stand. Denn erstens tritt die Bedeutung der afrikanischen Wanderungsbewegungen nach Europa hinter der aus den ehemaligen Ostblockländern immer weiter zurück und macht so das Argument des "Faustpfandes" illusorisch. Und zweitens erhöht Entwicklungshilfe kurz- und mittelfristig nach allen bisherigen Erfahrungen eher die Bereitschaft der Jungen und Agilen zur Auswanderung. Die gegenwärtigen innenpolitischen Probleme Deutschlands mit dem Zustrom von Asylbewerbern lassen sich so nicht lösen. Was die Entwicklungshilfe angeht, so sollte sie bei ihrem Leisten bleiben und sich weiterhin an den Oberzielen der Armutsbekämpfung, Grundbedürfnisbefriedigung und Selbsthilfeförderung orientieren, für die es bisher einen parteienübergreifenden Konsens in Deutschland gab. Letzterer sollte nicht leichtfertig auf's Spiel gesetzt werden, indem man nach billigem politischen Erfolg bei der Legitimierung der Entwicklungsausgaben durch "Fluchtursachen-Bekämpfung" schielt, was dann doch früher oder später von den Wählern als Täuschung erkannt werden wird. Das Asylrecht, das primär dem Schutz politisch Verfolgter dienen soll, wird durch die Massenwanderung von Elendsflüchtlingen aus der Dritten Welt offensichtlich völlig überfordert. Es müßte daher durch ein sowohl sozial als auch wirtschaftlich ausgewogenes Einwanderungsrecht ergänzt werden. Die Schweiz und neuerdings auch Spanien haben bereits Einwanderungsquoten festgelegt, andere europäische Staaten versuchen den Zustrom von Flüchtlingen noch durch restriktive Visa-Erteilung zu regeln, auch hier sind aber - wie in Frankreich und Deutschland - bereits neue Einwanderungsgesetze in der Diskussion. Diesbezüglich orientieren sich die jährlichen, nach Ländern gewichteten Zuwanderungsquoten bisher weniger an dem Wanderungsdruck aus den Herkunftsländern, sondern vor allem an den Möglichkeiten des heimischen Wohnungs- und Arbeitsmarktes. Eine konsequentere und schärfere Sanktionierung von Schwarzarbeit - insbesondere von Unternehmern, die Schwarzarbeiter beschäftigen - würde die Attraktivität Westeuropas als

Arbeitsmarkt zusätzlich vermindern. Hinsichtlich der Einwanderungsgesetze müßte der Lage von Schwarzafrikanern, die allein schon wegen der sozialen Vorurteile gegenüber ihrer Hautfarbe und des vermutlich niedrigeren durchschnittlichen Ausbildungsniveaus gegenüber anderen Herkunftsländern mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, gesondert Rechnung getragen werden. Solch ein Gesetz entspräche zwar nicht gerade optimal den Forderungen nach internationaler Solidarität, aber der Ruf nach "offenen Grenzen" ist selbst für die ausländerfreundlichsten europäischen Staaten illusionär.

Literatur

ECRE (1992), "Report of ECRE biannual general meeting", European Consulation on Refugees and Exilees, Madrid, April 1992

Del Mundo (1994),"Die Zukunft des Asyls in Afrika", *Flüchtlinge* ("Brennpunkt Afrika"), UNHCR, Bonn, N° 2, Juni 1994:3 - 7

Garson, Jean-Pierre (1992), "International Migration: Facts, figures, policies", *OECD-Observer*, N° 176, Juni/Juli 1992

Kohnert, Dirk (1993), "Afrikanische Flüchtlinge und Migranten - Sturm auf die Wohlstandsfeste Europa?", *Vierteljahresberichte* der Friedrich Ebert Stiftung, Nr. 132, 1993:179-92

Körner, Heiko (1992), "Immigration aus Afrika: Herausforderung für Europa", Friedrich Ebert Stiftung, Reihe Eurokolleg 19

OECD (1986), "Les migrations internationales Sud-Nord. Une étude de cas: les migrants maliens, mauritaniens et sénégalais de la vallée du fleuve Sénégal, en France", von J. Condé/Pap Syr Diagne, OECD, Paris

OECD (1992), "Trends in International Migration", SOPEMI/OECED, Paris

Pollern, H.I.v. (1992), "Die Entwickung der Asylbewerberzahlen im Jahre 1991", *ZAR*, 1992.1:24 - 32

Preuß, H.J. (1993), "Von 'sozialer Gerechtigkeit' zur 'Fluchtursachenvermeidung'. Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit", Paper zur Veröffentlichung, Zentrum f. regionale Entwicklungsforschung, Univ. Gießen

Richter, Roland (1992), "Flüchtlingsfragen in Afrika - Zwangsmigrationen im Rahmen größerer Entwicklungsporzesse", Otto Benecke Stiftung (Hrsg.), Nomos, Baden-Baden

Russel, Sharon / **Teitelbaum**, Michael S. (1992), "International migration and international trade", World Bank Discussion Paper N° 160, Washington D.C.

Russell, Sharon / **Jacobsen**, Karen / **Stanley**, William Deane (1990), "International migration and development in Sub-Saharan Africa", World Bank Discussion Paper N° 101/102, 2 vols., World Bank, Washington D.C.

Walker, Peter (1995), "Défendre l'humanitarisme à la fin du XXème siècle", *Le Courier*, Brüssel, N° 150, März/April 1995:68-69

Weltbank (1995), World Development Report 1995 - Workers in an integrating World", World Bank / Oxford Univ. Press, London

ABSTRACT: [*Hard times for African refugees*] - Flight and migration from the Third World countries have assumed a previously unprecedented scale in the last decades. They are expected to exceed all that has been happening before. Africa is particularly affected by these migratory movements. Although, in the early 1990s, the influx of Africans to Europe has grown considerably, African, not European countries have to bear the main burden of these refugee movements. Both, the causes as well as the effects of the flight and migration are different, depending on the social group and strata to which they belong. The already poor and deprived, the elderly, women and children, suffer the most. African refugees are particularly disadvantaged in Europe for a variety of reasons against their fellow-sufferers from other regions of the Third World. To the extent that flight and migration cause social and economic problems at home and overseas, the interest of politicians is also increasing to exploit these problems for their own purposes. The tactics of some African statesmen to use the migratory pressure of African refugees and migrants on Europe as bargaining chip for more development aid, and the alliance of German domestic and development policy in matters of preventive "avoidance of causes of flight" through development assistance are only two sides and the same medal. Both arguments do not stand up to an empirical review. In the medium term, development aid shall increase the willingness of the young and most agile to emigrate. The current domestic political problems of Germany concerning the influx of refugees can not be solved in this way. The right of asylum, which is intended primarily to protect politically persecuted persons, is obviously sidelined by the mass migration of economic refugees from the Third World. It should therefore be supplemented by a socially as well as economically balanced immigration legislation.

RÉSUMÉ: [*Temps difficiles pour les réfugiés africains*] – La fuit et la migration en provenance des pays du tiers monde ont pris une ampleur sans précédent au cours des dernières décennies. On s'attend à ce qu'ils dépassent tout ce qui s'est passé auparavant. L'Afrique est particulièrement touchée par ces mouvements migratoires. Bien qu'au début des années 1990, l'afflux d'Africains vers l'Europe ait considérablement augmenté, les pays africains, et pas les pays européens, doivent supporter la charge principale de ces mouvements de réfugiés. Les deux, les causes ainsi que les effets de la fuit et de la migration sont différents, selon le groupe social et les strates auxquelles les refugiées appartiennent. Les personnes déjà pauvres et démunies, les personnes âgées, les femmes et les enfants souffrent le plus. Les réfugiées africains sont particulièrement défavorisés en Europe pour diverses raisons vis `vis leurs compagnons d'infortune d'autres régions du tiers monde. Dans la mesure où la fuit et la migration causent des problèmes sociaux et économiques au pays natal et à l'étranger, l'intérêt des politiciens augmente également pour exploiter ces problèmes à leurs propres fins. La tactique de certains hommes d'Etat africains d'utiliser la pression migratoire des réfugiés et migrants africains sur l'Europe comme monnaie d'échange pour plus d'aide au développement, et l'alliance de la politique intérieure et de développement allemande en proposant l'aide au développement comme meilleurs solution en matière de prévention des causes de fuite, seront seulement deux côtés et la même médaille. Les deux arguments ne résistent pas à une revue empirique. À moyen terme, l'aide au développement doit accroître la volonté des jeunes et des plus agiles d'émigrer. Les problèmes politiques intérieurs actuels de l'Allemagne concernant l'afflux de réfugiés ne peuvent être résolus de cette manière. Le droit d'asile, qui vise principalement à protéger les personnes politiquement persécutées, est évidemment mis de côté par la migration massive de réfugiés économiques du tiers monde. Il devrait donc être complété par une législation d'immigration socialement et économiquement equilibrée.

ZUSAMMENFASSUNG: [Harte Zeiten für Afrikas Flüchtlinge] - Flucht und Migration aus den Ländern der Dritten Welt haben in den letzten Jahrzehnten ein vorher nie gekanntes Ausmaß angenommen und sie werden zukünftig voraussichtlich noch alles bisher Dagewesene übertreffen. Afrika ist von diesen Wanderungsbewegungen besonders stark betroffen. Obwohl Anfang der 1990er Jahre der Zustrom von Afrikanern auch nach Europa beträchtlich angewachsen ist, sind es doch afrikanische – und nicht europäische - Staaten, die die Hauptlast dieser Flüchtlingsbewegungen zu tragen haben. Sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen der Flucht und Migration sind je nach Gruppen- und Schichtzugehörigkeit unterschiedlich. Die ohnehin schon Armen und Entrechteten, Alten, Frauen und Kinder haben unter sonst gleichen Umständen am meisten zu leiden. Afrikanische Flüchtlinge sind in Europa aus einer Vielzahl von Gründen gegenüber ihren Leidensgenossen aus anderen Regionen der Dritten Welt besonders benachteiligt. In dem Maße wie Flucht und Migration soziale und wirtschaftliche Probleme bei uns und in Übersee verursachen, nimmt auch das Interesse der Politiker zu, diese Probleme zu instrumentalisieren und für eigene Zwecke auszunutzen. Die Taktik einiger afrikanischer Staatsmänner, den Wanderungsdruck afrikanischer Flüchtlinge und Migranten auf Europa als Faustpfand für die Einforderung von mehr Entwicklungshilfe zu nutzen, und die Allianz der deutschen Innen- und Entwicklungspolitik in Fragen der vorbeugenden "Fluchtursachen-Vermeidung" durch Entwicklungshilfe sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille; beide Argumente halten einer empirischen Überprüfung nicht stand. Die Entwicklungshilfe erhöht mittelfristig nach allen bisherigen Erfahrungen eher die Bereitschaft der Jungen und Agilen zur Auswanderung. Die gegenwärtigen innenpolitischen Probleme Deutschlands mit dem Zustrom von Asylbewerbern lassen sich so nicht lösen. Das Asylrecht, das primär dem Schutz politisch Verfolgter dienen soll, wird durch die Massenwanderung von Elendsflüchtlingen aus der Dritten Welt offensichtlich völlig überfordert. Es müßte daher durch ein sowohl sozial als auch wirtschaftlich ausgewogenes Einwanderungsrecht ergänzt werden.